

Mehr Geld für Coronahärtefälle

Landrat spricht höhere À-fonds-perdu-Beiträge an stark betroffene Firmen. 31 Millionen Franken stehen bereit.



Die Event-Branche (im Bild ein Konzert an der Baloise Session) ist in unserer Region stark vertreten. Sie kann nun im Baselbiet von Härtefall-Hilfen profitieren.

Bild: Keystone

Hans-Martin Jermann

Für Baselbieter Unternehmen, die besonders stark von den Konsequenzen der Coronapandemie betroffen sind, gibt's für einmal frohe Kunde: Der Landrat hat gestern für Härtefälle eine Geldspritze von 31,25 Millionen Franken beschlossen und dabei die À-fonds-perdu-Beiträge an die Firmen erhöht. So sollen bis zur Hälfte der beschlossenen Gelder – also maximal 15,625 Millionen Franken – für Finanzhilfen zur Verfügung stehen, welche die Firmen nicht zurückerzahlen müssen.

Den entsprechenden Antrag von Mitgliedern der SP-, FDP- und der CVP/GLP-Fraktion hiess das Parlament mit 49 zu 31 Stimmen bei 3 Enthaltungen gut. Im selben Antrag wurde zudem festgehalten, dass ein Unternehmen À-fonds-perdu-Beiträge beantragen kann, ohne gleichzeitig ein Darlehen zu beanspruchen.

Die Regierung hatte in ihrer Vorlage noch eine Koppelung von Darlehen und maximal 20 Prozent À-fonds-perdu-Beiträgen vorgesehen: Demnach hätte etwa ein Unternehmen mit einem Unterstützungsbedarf von 100 000 Franken einen Kredit über 80 000 Franken (mit Bürgschaft des Kantons)

sowie einen nicht rückzahlbaren Betrag von 20 000 Franken erhalten. Über eine Bank hätten die Gesuche einfach abgewickelt werden können.

«Firmen werden verdammt, sich zu verschulden»

Dennoch stiess das Modell im Landrat auf Widerspruch: Eine Koppelung von À-fonds-perdu-Beiträgen an Kredite sei «absolut unverständlich», kritisierte Adil Koller (SP, Münchenstein), der die Änderungsanträge mit lanciert hatte. «Damit verdammen wir die Unternehmen, sich zu verschulden, nachdem wir sie zuvor zu sinnvollen aber harten Coronamassnahmen verpflichtet haben.» Je mehr Geld die Unternehmen nach der Krise zurückerzahlen müssten, desto mehr fehle dieses für Innovationen.

Auch Christine Frey (FDP, Münchenstein) bemängelte das Regierungsmodell. Damit könnten nach dem Giesskannenprinzip erneut Firmen Kredite beantragen, die diese gar nicht zwingend benötigten. Und Marc Scherrer (CVP, Laufen) ärgerte sich darüber, dass À-fonds-perdu-Beiträge bei maximal 20 000 Franken gedeckelt werden sollen. «Dieser Betrag ist für eine Firma in der Eventbranche mit 50 Mitarbeitenden und einem Umsatzrückgang von 90 Prozent

«20 000 Franken ist für eine Firma in der Eventbranche mit 50 Mitarbeitenden und einem Umsatzrückgang von 90 Prozent ein Klacks.»



Marc Scherrer
CVP-Landrat, Laufen

ein Klacks.» Mehr Geld für wenige Betriebe, anstatt wenig Geld für viele – ungefähr so liess sich die Forderung Scherrers und seiner Mitstreitenden zusammenfassen. Dazu ist eine aufwendige Beurteilung jedes einzelnen Unternehmens anhand seiner Geschäftsbücher nötig.

250 000 Franken sollen laut Vorlage für eine Organisation eingesetzt werden, welche die Gelder rasch und gerecht verteilt. Grünen-Fraktionschef

Klaus Kirchmayr (Aesch) zweifelte, dass dieser Betrag ausreicht. «Sorgfalt und Schnelligkeit sind in der Regel nicht gleichzeitig zu haben», sagte er.

SVP-Fraktionschef Peter Riebli sprach sich gegen die Entkoppelung von Krediten und À-fonds-perdu-Beiträgen aus und widersprach der Behauptung Kollers, dass diese zu Verschuldung verpflichte. «Nach meinem Verständnis muss ein Unternehmen den gewährten Kredit nicht unbedingt beziehen, um die nicht rückzahlbare Hilfe zu erhalten.» Entscheidend sei, dass das betroffene Unternehmen als kreditwürdig taxiert werde, führte Riebli aus. Finanzdirektor Anton Lauber (CVP) verteidigte seine Vorlage: Unternehmen könnten sehr gut mit dem Thema Kredite umgehen. «À-fonds-perdu-Beiträge stellen die Weiterexistenz eines Unternehmens nicht besser sicher als ein Darlehen», sagte er.

Umsatzminus von mindestens 40 Prozent

Einmal mehr wurde Lauber in einem wichtigen Coronagebiet im Landrat überstimmt: Die Situation erinnerte an die Geschäftsmietenvorlage, als ein Bündnis aus SP-, CVP- und FDP-Politikern der Regierung gegenüberstand und mit ihrer

Idee obenaus schwang. Die Kooperation kreativer Köpfe aus dem moderat bürgerlichen bis linken Lager erweist sich immer häufiger als Erfolgsformel.

Ebenfalls angenommen wurde mit 70 zu 5 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein SVP-Antrag, der von der Regierung Instrumente gegen Missbrauch verlangte. In der Schlussabstimmung passierte die Härtefallhilfe für KMU mit 66 zu 12 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Die Hilfe erfolgt unabhängig von der Branche. Profitieren dürften aber vor allem Betriebe aus der Gastronomie, Hotellerie, der Event- und der Schaustellerbranche. Die Hilfe des Kantons ist gekoppelt an das entsprechende Geschäft des Bundes im Umfang von 1 Milliarde Franken.

Härtefallbeiträge beantragen können laut Bundesvorlage Firmen, die 2020 weniger als 60 Prozent Umsatz im Vergleich zu den beiden Vorjahren erzielt haben. Zudem können sie Darlehen bis zu 25 Prozent des Umsatzes 2019 beantragen, À-fonds-perdu-Beiträge bis zu 10 Prozent des Umsatzes. An diesen Vorgaben können die Kantone nicht rütteln, was gestern im Landrat kritisiert wurde. Den definitiven Entscheid fällen die eidgenössischen Räte noch in der laufenden Wintersession.

Millionen für Tram nach Salina Raurica

Pratteln/Augst Die geplante Verlängerung der Tramlinie 14 über das Prattler Entwicklungsgebiet Salina Raurica nach Augst hat eine weitere Hürde genommen. Der Landrat hat gestern insgesamt 17,1 Millionen Franken für das Vorhaben bewilligt. Die entsprechende Vorlage mit dem Projektierungskredit von 8,5 Millionen Franken, einer Ausgabe von 7 Millionen für den vorgezogenen Landerwerb und 1,6 Millionen für einen provisorischen Bushof wurde mit 63 zu 13 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen.

Ein Antrag aus der Fraktion der Grünen/EVP, trotz einstimmig genehmigtem Kommissionsbericht eine Eintretensdebatte zum Geschäft durchzuführen, wurde abgelehnt: 47 Ja- standen 30 Nein-Stimmen gegenüber, nötig gewesen wäre ein Zweidrittelmehr.

Geplant ist, die Tramlinie 14 bis im Jahr 2031 von der heutigen Haltestelle Bahnhofstrasse in Pratteln über eine Strecke von 3,2 Kilometern bis nach Augst weiterzuführen. Auf dem Areal von Salina Raurica sollen künftig Wohnraum für rund 3000 Personen und 4000 Arbeitsplätze entstehen. Die Gesamtkosten für die Tramverlängerung werden von den Projektverantwortlichen auf rund 170 Millionen Franken geschätzt. (sda/haj)

Aus dem Landrat

Vogt folgt auf Vogt in der FDP-Fraktion



Allschwil Jürg Vogt tritt nach fünf Jahren im Landrat per Ende 2020 aus persönlichen Gründen zurück, wie es in einer Mitteilung der Baselbieter FDP heisst. Der 62-jährige Landwirt gehörte der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an. Für Jürg Vogt rückt in der FDP-Fraktion aus dem Wahlkreis Allschwil ein anderer Vogt nach: der langjährige Gemeinderat Robert Vogt. Der 59-jährige Bauingenieur ist beruflich für ein Beratungsunternehmen im Bereich Energieeffizienz tätig. (bz)

Kein Teuerungsausgleich für Staatsangestellte

Löhne 2021 Baselbieter Staatsangestellte erhalten für 2021 keinen Teuerungsausgleich. Der Landrat hat gestern einen entsprechenden Antrag der Regierung gutgeheissen. Der Entscheid fiel mit 74 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung und ohne Diskussionen. Die Regierung hatte ihren Entscheid damit begründet, dass für das laufende Jahr eine negative Teuerung von minus 0,6 Prozent ermittelt wurde. Zudem werde in der Kantonsrechnung für 2020 ein Verlust von 18 Millionen Franken erwartet, und auch die weiteren Aussichten seien wegen der Coronakrise mit grossen Unsicherheiten behaftet. (sda)

Baselland baut sein Contact-Tracing massiv aus

Coronavirus Anfang November war es so weit: Der Krisenstab des Kantons Baselland musste das flächendeckende Zurückverfolgen der Ansteckungsherde – das Contact-Tracing – einstellen. Zu hoch waren die Infektionszahlen, zu gering die personellen Ressourcen für diese aufwendige Arbeit (die bz berichtete). Seither werden bloss noch Personen mit positivem Covid-19-Befund per E-Mail angewiesen, ihre Kontaktpersonen selbst zu informieren, dass diese in Quarantäne müssen.

An der gestrigen Landratssitzung kündigte Gesundheitsdirektor Thomas Weber nun an, dass man das Contact-Tracing wieder hochfahren möchte. FDP-Landrat Thomas Eugster hatte dies im Rahmen der Fragestunde gefordert. In seiner schriftlichen Antwort blieb Weber zunächst schwammig: Der Regierungsrat habe den Krisenstab beauftragt, ein entsprechendes Massnahmenkonzept vorzulegen. Mündlich wurde Weber im Plenum dann konkreter: «Ein Contact-Tracer kann

pro Tag drei Infizierte abklären. Wir bräuchten bei der aktuellen Lage über 100 Vollzeitstellen dafür. Unser Ziel ist, dass die Personaldecke nach den Feiertagen Anfang/Mitte Januar bereits signifikant höher als heute ist.» Bisher arbeiteten rund 20 Contact-Tracer für den Krisenstab.

RAV-Gemeldete sollen beim Tracing helfen

Und noch etwas wurde in derselben Fragestunde bekannt: Ein Teil des neu angeworbenen Personals dürften Menschen sein,

die derzeit bei einem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet sind. Der Regierungsrat kündigte an, dass «ein verstärkter Einsatz dieser Personen in Zusammenhang mit der weiteren Ausdehnung des Contact-Tracing geprüft wird». SVP-Landrat Ermando Imondi, Leiter des RAV Liestal, ergriff darauf das Wort und bestätigte: «Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hat uns bereits kontaktiert. Es ist aufgegleist.» Die Debatte im Rat angestossen hatte GLP-Landrat Yves Krebs. Er

fragte, ob es nicht sinnvoll sei, RAV-Versicherten so Zwischenverdienste zu ermöglichen, anstatt Militär oder Zivilschutz aufzubieten.

Ein Allerheilmittel wird Contact-Tracing aber auch mit dem Ausbau nicht. In 30 bis 50 Prozent der Fälle könnten die Ansteckungsorte nicht mehr eindeutig zurückverfolgt werden, so die Regierung. Dieser Baselbieter Wert decke sich mit den Statistiken des Bundes.

Michael Nitnaus